

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 6. 32. Jahrg.

7. Febr. 1919

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßerstr. 56. <sup>1</sup> Redaktionsschluß: Montag, Telephon: Amt Norden 4268. <sup>2</sup> Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. <sup>3</sup> Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Auguststr. 8-9

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Brauchen wir noch einen Tarif? Rundschau. Die Erwerbslosen-Unterstützung. — **Allgemeines:** Wir brauchen den Abbau der Warenpreise. Ortsberichte: Hannover, Mügeln, Zwickau. — **Die photomechanischen Fächer:** Ortsberichte: Berlin, Chemigr., Hamburg, Chemigraphen. — **Graphische Technik:** Farbensteinauto-Retusche. II. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — Adressenänderungen. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

1. Zwischen Anknüpfung und Inkrafttreten der Verkürzung der Arbeitszeit muß mindestens ein Zeitraum von 3 Tagen liegen.
2. Bei verkürzter Arbeitszeit ist die *wöchentliche* und die *monatliche* Teuerungszulage voll auszusuchen.
3. Bei Ausbruch des Krieges aktiv dienende Gehilfen sind nach ihrer Entlassung aus dem Heere an ihre vor ihrer Einberufung innegehabten Arbeitsplätze zu stellen.

Berlin, den 24. Januar 1919.

Albert Frisch, Prinzipalvorsitzender.  
Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.  
Rih. Köhler, Geschäftsführer.

### Zentralkommission der Chemigraphen.

An alle Mitgliedschaften, in denen sich Chemigraphen befinden, sandten wir unser Rundschreiben Nr. 12 vom 30. Januar mit sehr wichtigen Mitteilungen. Wo dieses nicht angekommen ist, bittet um Mittellung

Die Zentralkommission.

I. A.: Max Grager,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15, III.

## Brauchen wir noch einen Tarif?

Das Bestreben, alles Heil nur in der Erhöhung des Lohnes zu sehen, muß letzten Endes zur Ablehnung des Tarifgemeinschaftsgedankens führen. So hört man häufig die Meinung vertreten, Tarifgemeinschaften seien überlebt. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse nie notwendiger war als jetzt. Solange wir eine kapitalistische Privatwirtschaft haben, solange also diese Betriebe noch nicht sozialisiert sind, (und dazu ist das graphische Gewerbe in der Tat noch längst nicht reif) solange brauchen wir eine Organisationsform, die uns eine Mitbestimmung über die Arbeitsbedingungen sichert.

Streng genommen richtet sich ja die Kritik unserer Kollegen fast gar nicht gegen den Tarif an sich. Im Gegenteil, in den meisten Orten wartet man sehnsüchtig auf den Abschluß; denn die geforderten Lohnerhöhungen sollen ja durch diesen Abschluß verwirklicht werden. Gerade in den Orten, wo die Löhne in den letzten Jahren nur recht mangelhaft aufgebessert wurden, wo es an Energie zur Verbesserung der Verhältnisse auf Seiten der Kollegen manchmal recht arg fehlte, gerade dort soll der Tarifabschluß den Kollegen, wie sie hoffen, das bringen, was sie selbst durchzusetzen nicht die Kraft hatten.

Es ist eine gründliche Verkenning des Wesens der Tarifgemeinschaft, die in diesen Wünschen zum Ausdruck kommt.

Der Tarif ist der Arbeitsvertrag, der für das Gewerbe zwischen den beiden Parteien,

hier die Unternehmer, dort die Arbeiter, abgeschlossen wird. In ihm werden die gesamten Arbeitsbedingungen (nicht nur die Löhne), für alle Betriebe gleichmäßig festgelegt. Es soll damit dem gewissenloseren Unternehmer die Möglichkeit genommen werden, durch schlechtere Arbeitsbedingungen, z. B. längere Arbeitszeit, größere Lehrlingszahl, ungenügenden Arbeiterschutz, ungenügende, billige Arbeitsräume oder billige Löhne, Schmutzkonzurrenz zu treiben. Denn jede Ausnutzung rüstkündiger Arbeitsverhältnisse wirkt auf die Verhältnisse in anderen Firmen gleichfalls verschlechternd zurück. Darunter leiden letzten Endes mit dem ganzen Gewerbe Unternehmer wie Arbeiter.

Der Tarif soll also ein Herunterdrücken des Gewerbes verhindern. All die aufgestellten Bedingungen sind *Mindestsätze*, unter die nicht heruntergegangen werden darf. Wir finden daher in allen tariflich geregelten Gewerben Firmen, die ihren Arbeitern bald in diesem, bald in jenem Punkte bessere Bedingungen zugestanden haben; sei es, daß sie kürzere Arbeitszeit, weniger Lehrlinge, bessere Arbeitsräume und dergl. mehr haben. — Verbesserungen zu erstreben verbietet der Tarif nicht, am allerwenigsten im Lohn.

Gerade das Steindruckgewerbe litt schwer daran, daß keinerlei durchgreifende Regelung der Arbeitsverhältnisse bestanden. Die tollsten Unterschiede zeigten sich in den verschiedenen Firmen und noch mehr in den verschiedensten Orten, Unterschiede, die es den betreffenden Unternehmern ermöglichten, nicht nur im Inlande, nein auch im Auslande die verwerflichsten Preisunterbietungen zu machen. Solche Preisunterbietungen zwangen dann wieder auch die anderen Fabrikanten in derselben Richtung und mit denselben Mitteln zu arbeiten. Schleuderpreise gehen fast immer auf Kosten der Arbeiter des Gewerbes. Die Arbeiterschaft hat daher an einer gewissen Gleichmäßigkeit der Preise der Waren ein großes Interesse.

Darum brauchen wir für den kommenden Neuaufbau des graphischen Gewerbes den Tarif.

Für eine Sozialisierung, d. h. für eine Überführung der Betriebe in das Eigentum der Gesamtheit, ist das graphische Gewerbe noch lange nicht reif. Hier ist noch fast alles auf den Klein- und Mittelbetrieb eingestellt, ist noch der Betriebsinhaber Kapitalist, Direktor und häufig auch technischer Leiter in einer Person, ist er aber auch vielfach noch der Kaufmann, der den Warenabsatz leitet. Solche Betriebe will kein Sozialist vergesellschaften, am allerwenigsten dann, wenn es sich wie bei uns um ein Luxus- und Reklamegewerbe handelt.

Die privatkapitalistische Wirtschaftsreform bleibt also für unser Gewerbe bestehen, damit der Klassengegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter. Damit bestehen also auch heute noch all die Gründe, die uns seit 1901 veranlassen, Tarifgemeinschaften zu fordern. Wohl könnten wir heute, nach der Revolution, unter den gänzlich veränderten Machtverhältnissen, auch im einzelnen Verbesserungen durchsetzen; was käme aber dabei heraus? Wo die talkräftigsten, kampfstufigsten Kollegen

sich befinden, wird mehr und mehr erreicht und in den anderen Bezirken bleiben die Verhältnisse so rückständig wie ehedem. Wie ehedem darf dann der Unternehmer aus diesen Bezirken Schleuderkonzurrenz treiben, darf die Aufträge aus den anderen Bezirken gleichfalls an sich ziehen. D. h. die Arbeit wanderte dorthin, wo schlechtere Verhältnisse sind. Schauen wir uns genau um, so finden wir, daß es heute schon so ist.

Sozialismus heißt: Warenproduktion und -verteilung auf den denkbar höchsten Grad der organisatorischen Vollendung bringen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der bisherige und der noch heute bestehende Zustand im Steindruckgewerbe Anarchie, nähert sich die tarifliche Regelung dem Sozialismus.

Bindet uns denn aber der Tarif während seiner ganzen Dauer an eine Lohnhöhe? — Nach unten gewiß, wir dürfen nicht billiger arbeiten, aber nach oben keineswegs. Dem Einzelnen ist nach wie vor die Möglichkeit gegeben, seinen Lohn aufzubessern, sowohl im Betriebe als auch unter Benutzung des Arbeitsnachweises durch Stellungswechsel. Darum sprechen wir im Tarif ja immer nur von Mindestlöhnen, sogar nur von Mindestlöhnen für Ausgelernte. Hier sind der unablässigen Arbeit der Kollegen große Betätigungsmöglichkeiten gegeben. Was haben auf diesem Gebiete in einzelnen Orten die Kollegen, z. B. der Chemigraphie erreicht, ohne den Tarif zu misachten. Es gehört recht wenig Vertrauen zur eigenen Tatkraft, zum eigenen Mut dazu, wenn wir nur noch auf das warten wollen, was uns der Tarifvertrag bringt. Wir geben zu, solange unsere Betriebe mit reklamierten Kollegen oder auch mit recht alten Kollegen besetzt waren, da war es besonders in kleineren Druckstädten verständlich, wenn der Mut zum Fordern darunter litt. Diese Entschuldigungsgründe und viele andere sind jetzt in Wegfall gekommen.

Wir brauchen den Tarif jetzt dringender als je; aber er ist auch schließlich kein Tetzelscher Ablaßzeitel, mit dem wir uns die ewige Seligkeit erwerben. Wir brauchen neben dem Tarif auch noch recht viele mutige und entschlossene, gewerkschaftlich durchgebildete Kollegen, die die Gleichberechtigung mit den Unternehmern auch in ihrem Außern beweisen. Der Tarif ist nur ein Zwangsmittel, ein Schutz, daß das Gewerbe nicht tiefer sinkt. Der Wert des Tarifes liegt aber in dem Charakter der Kollegen; was wir aus dem Tarif machen, das wird er sein.

## Rundschau.

**Fehlende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.** Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in der Landwirtschaft sei an folgenden Ziffern verdeutlicht: In der Provinz Brandenburg betrug am 25. Januar die Zahl der bei Arbeitsnachweisen gemeldeten offenen Stellen in der Landwirtschaft 1207 Personen, das Angebot von Arbeitsuchenden jedoch nur 248. In der Provinz Pommern hatte die Landwirtschaft einen Bedarf von 854 Arbeitskräften. In der Provinz Westfalen von 622. Das Gegenangebot bezifferte sich auf 364 bzw. 205 Arbeitsuchende, die sich jedoch in der Hauptsache aus Güterbeamten und Elaven zusammensetzten. In Baden beträgt die Zahl der gemeldeten offenen Stellen in der Landwirtschaft nur etwa 100 bis 150. Hier ist denn auch die Arbeitslosigkeit in den

Landbezirken etwas zurückgegangen. In Württemberg waren 334 offene Stellen (in der Vorwoche 464). Auch hier ist eine Besserung des ländlichen Arbeitsmarktes eingetreten.

**Gewerkschaftlich organisierter Arbeiter als Vermittlungsbeamter im Arbeitsamt.** In Hof i. Bayern wird ab 1. Februar das bisher nebenamtlich geführte städtische Arbeitsamt im Hauptamt geführt und zur sachgemäßen Erledigung der Arbeiten auf Antrag unserer Parteigenossen in der Gemeindeverwaltung auf ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter als Vermittlungsbeamter angestellt. Das Gewerkschaftskartell unterbreitete zum Zweck der Wahl einen Vorschlag, der vier Kandidaten aus den beiden großen Berufsgruppen der Textilarbeiter und Bauarbeiter enthielt. Ein Textilarbeiter wurde gewählt und hat bereits sein Amt angetreten.

**Im Kohlenbergbau** kann die Nachfrage nach Arbeitskräften auch nicht annähernd befriedigt werden. Allein in Westfalen werden noch rund 8000 Bergarbeiter angefordert, im Rheinland ist die Zahl noch erheblich größer. In der Braunkohlenindustrie besteht ebenfalls nach wie vor eine ungedeckte Nachfrage nach Tausenden von Arbeitskräften. Jedoch konnten von den märkischen Arbeitsnachweisen beispielsweise in der letzten Woche nur 60 Arbeiter dorthin vermittelt werden. Eine Ausnahme macht der Waldenburger Bezirk, wo eine größere Anzahl Arbeiter im Bergbau untergebracht werden konnte.

**Kommunalisierungsbestrebungen in Iserlohn.** Die Stadtverwaltung beabsichtigt, die Beschaffung des Baumaterials zu kommunalisieren. Zunächst soll eine Ziegelei erworben und die Arbeiten in städtischer Regie betrieben werden.

**Die Zukunft der deutschen Industrie.** Eine überaus pessimistische Auffassung vertrat der »Börsencourier« vom 23. Januar 19: »Der Industrierückgang wird leiderso groß werden, daß er in Deutschland 7—8000000 Arbeiter ohne Beschäftigung und wahrscheinlich das 2 1/2fache, also 20000000 brotlos macht. Der Rückgang wird, da wir wahrscheinlich Elsaß-Lothringen verlieren, unsere Stahlproduktion, die, eingeschlossen Elsaß-Lothringen und Luxemburg, früher auf über 19000000 To. gestiegen war, um 6000000 To. reduzieren. Außerdem ist anzunehmen, daß wir mit der Zufuhr der Minette nach dem rheinisch-westfälischen Revier noch 4000000 To. Stahl verlieren. Auch befürchten wir, daß uns die Entente einen großen Teil der schwedischen Erze abnimmt, so daß die Stahlproduktion infolgedessen um nochmals 3000000 To. zurückgeht, so daß wir, vorausgesetzt, daß wir Erze aus Spanien beziehen, allerhöchstens eine Stahlproduktion von 6—7000000 To. behalten. Im ersten Jahre wird aber auch der Erzebezug über den Atlantischen Ozean und damit auch von Spanien noch freibleiben. Mit dieser scharf absteigenden Kurve der Stahlerzeugung werden alle Industrien diese Kurve ebenfalls zeigen. Die Baumwoll-Industrie, die chemische Industrie, die elektrische Industrie sind alle ohne Rohmaterialien: die Magazine sind leer; der Kredit ist fort. Woher soll Auffüllung der Magazine für die Betriebe kommen? Ich sehe nach dieser Richtung hin furchtbar schwarz und wüßte auch nicht einen Weg zu sagen, der Licht schaffen würde. Deutschlands Industrie ist mindestens zur Hälfte verloren. Der Höhepunkt von 1913/14 wird niemals wieder erreicht werden. Deutschland kommt somit nicht mehr auf den Export von Industrieprodukten, sondern wieder auf den Export bezw. Auswanderung von Menschen.«

**Zu den Hemmungen in der Produktion** macht die »Soz. Kerr.« folgende zutreffende Bemerkungen: Es soll garnicht bestritten werden, daß die Arbeitsleistung in vielen Zweigen der Wirtschaft außerordentlich gesunken ist. Aber das ist keine Erscheinung, die allein auf Deutschland beschränkt ist. Wir können sie vielmehr in der ganzen Welt konstatieren, und auch die soziale Unruhe hat alle Staaten erfaßt, sogar die siegreichen Kriegsheiden sind eben schlechte Arbeitskräfte. Wer vier Jahre lang draußen im Felde gelegen hat, täglich dem Tode und allen Härten des Kriegerlebens ausgesetzt, der kehrt selten mit dem Willen zurück, sich nun sofort mit allen Kräften in die Arbeit zu stürzen. Beim deutschen Volke kommt dazu, daß infolge der englischen Aushungerungs-politik die physischen Kräfte tatsächlich nicht mehr dieselben sind wie früher, daß vielen Arbeitern selbst eine mäßige körperliche Anstrengung zur Qual geworden ist. Auch diese soziale Zerrüttung hängt unmittelbar mit dem Kriege zusammen. Der Arbeitslust auf der einen Seite entspricht aber auf der anderen Seite ein genau eben so großer Mangel an Unternehmungslust. Selbst Betriebe, die Kohlen und Rohstoffe in reicher Menge haben und denen die Aufträge zuströmen, arbeiten stark eingeschränkt oder werden ganz stillgelegt, weil die Unternehmer behaupten, sie könnten bei den jetzigen unsicheren Verhältnissen keinerlei Kalkulation aufstellen. In Wahrheit sind sie aber durch den Krieg außerordentlich verwöhnt: sie brauchen keinerlei Sorge um den Absatz zu haben und hatten einen sicheren und hohen Verdienst. Jetzt möchten sie unter den ganz anders gelagerten Verhältnissen viel lieber ihre Kriegsgewinne in Ruhe verzehren, als neue Risiken laufen. Der Indisposition zur Arbeit entspricht die Disposition

zum Rentierdasein. Alle diese Nöte hängen unmittelbar mit den Kriegsleiden zusammen. Die Revolutionsregierung dafür verantwortlich zu machen, ist kindisch und demagogisch zugleich. Wir dürfen aber hoffen, daß, je weiter wir uns vom Kriege entfernen, um so rascher diese Zerrüttung der Menschen als Wirtschaftswesen überwunden wird und die Produktion wieder in Gang kommt. Entscheidend dafür, ob uns dies in Deutschland gelingt oder ob wir hilflos ins Chaos hineingeraten, wird erst das kommende Frühjahr sein.

**Sterblichkeit an Lungentuberkulose.** Ganz erschreckend hat die Sterblichkeit an Lungentuberkulose zugenommen. 1917 starben nach den Angaben der Regierungspräsidenten 30000 Menschen mehr an Lungentuberkulose als 1913; nach den Ergebnissen der ersten neun Monate des Jahres 1918 wird die Zahl der an Lungentuberkulose Gestorbenen in diesem Jahre sich sogar um 40000 höher herausstellen.

**Aus dem Auslande:**

**Achtstundentag auch in Amerika.** Ein Reuter-Telegramm aus Boston vom 1. Februar meldet: Infolge der allgemeinen Annahme der von den Textilarbeitern Neu-Englands geforderten 48-stündigen Arbeitswoche durch die Arbeitgeber hat sich die erste Lage in der Arbeiterschaft gebessert. Über eine Million Arbeiter hatten geglaubt, am 3. Februar zu streiken.

**Die Streikbewegung in Schweden.** Zu den Streiks der Telegraphisten und Seelente, die Schweden seit über zwei Wochen beunruhigen, hat sich jetzt eine Arbeitseinstellung bei den privaten Eisenbahnen des Landes gesellt. Nach dem Scheitern längerer Verhandlungen hat der Verband des Lokomotiv-Personals am 27. Januar den Streik proklamiert, der zunächst 16 Eisenbahngesellschaften betrifft. Sollte über die Streikfragen, die Löhne und Arbeitszeit betreffen, nicht bald eine Einigung zustande kommen, so rechnet man mit einer Ausdehnung des Konflikts auch auf andere Strecken. Mehrere Städte sind bereits jetzt mit völliger Isolierung bedroht. Das wirtschaftliche Leben Schwedens leidet stark unter diesen Arbeitsstreitigkeiten.

**Revolutionäre Gemütsverfassung.** Die Streikbewegungen sind zurzeit eine internationale Erscheinung. Sie nehmen in England und Nordamerika immer größeren Umfang an, zeigen sich aber ebenso in Frankreich, Schweden, wie Argentinien und anderwärts. Der Leiter der englischen Eisenbahnarbeitergewerkschaften, Thomas, äußerte sich darüber: »Die industrielle und wirtschaftliche Lage des Landes ist alarmierend. Ich bin verpflichtet, offen zu sprechen, und ich muß also sagen, daß jedermann in einer revolutionären Gemütsverfassung zu sein scheint. Ich betrachte das als eine unvermeidliche Folgeerscheinung des Krieges. Jedermann ist voller Mißtrauen gegenüber der allgemeinen Lage, aber niemand hat eine feste einigende Idee darüber, was zu geschehen hat. Ich bemerke Gefühle und sehe Symptome dafür, daß die Weltgeschichte auf die Revolution zusteuert. Eine sehr ernste Aufwallung kann bevorstehen.«

**Die Erwerbslosenunterstützung.**

Mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Unterstützungssätze für Erwerbslose, welche während der politischen Unruhen in vielen größeren Städten von den Erwerbslosen erzwungen worden sind, hat das Demobilisationsamt durch eine neue Verordnung nach Ortsklassen abgestufte Höchstsätze eingeführt, welche für Groß-Berlin 6 Mk. für Verheiratete und Unverheiratete und ferner 1,50 Mk. für die Ehefrau und 1 Mk. für jedes Kind betragen, so daß z. B. eine Familie mit zwei Kindern 9,50 Mk. täglich erhält. Nach dieser Verordnung können jedoch höhere Unterstützungssätze bis zum 1. April beibehalten werden. Der Demobilisationsausschuß hat beschlossen, die Frage eines langsamen Abbaues der jetzt gültigen Unterstützungssätze durch den Hauptausschuß für Erwerbslosenfürsorge prüfen zu lassen. Es wurde jedoch beschlossen, daß vom 1. Februar ab nur noch 4 Familienangehörige berücksichtigt werden können, ein Höchstsatz von 13,25 Mk. für den Tag also nicht überschritten werden darf. Ferner wurde ausdrücklich festgelegt, daß bei Streiks keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden soll, wenn die Arbeit lediglich wegen Lohnstreitigkeiten niedergelegt wird.

An Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gegangen sind, sowie Kriegsteilnehmer, die an einem Ort ihren Aufenthalt genommen, ohne an ihm ihren Wohnsitz zu haben, darf dort nicht länger als insgesamt 4 Wochen Unterstützung gewährt werden. Der Demobilisationsausschuß Groß-Berlin hat beschlossen, Unterstützungen an solche Personen, nur für höchstens 14 Tage auszuzahlen. Diese Beschränkung tritt nicht ein, wenn Erwerbslose in Groß-Berlin mit ihrer Familie einen gemeinschaftlichen Hausstand bereits begründet haben und noch führen, oder wenn die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich unausführbar ist. Für die Übergangszeit ist bestimmt, daß an Personen, denen auf Grund der vorstehenden Bestimmungen nur für 14 Tage Erwerbslosenunterstützung zusteht

und die bereits Unterstützung beziehen, an dem auf den 4. Februar folgenden, bisher für sie als Zahltag feststehenden Wochentag zum letztenmal Unterstützung ausbezahlt wird. Freie Fahrt zur Reise in den früheren Wohnort wird bewilligt. Die Arbeitsnachweise dürfen den der Beschränkung der Unterstützungsdauer unterliegenden Personen nur insoweit Arbeit vermitteln, als erwerbslose Groß-Berliner Arbeiter für die Besetzung der offenen Stellen nicht vorhanden sind.

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

**Wir brauchen den Abbau der Warenpreise.**

In dem Leitartikel der vorigen Nr.: »Wie man das Pferd am Schwanz aufzäumt«, bemühten wir uns um den Nachweis, daß Lohnerhöhungen über einen gewissen Punkt hinaus keine Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen bedeuten, wohl aber ganz sicher den Aufstieg des Gewerbes verhindern. Was uns fehle, seien billigere Warenpreise, damit wir die Waren kaufen können, aber auch, daß unser Gewerbe auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig werden kann.

In derselben Richtung äußerte sich der Redakteur der Daddecker-Zeitung Th. Thomas in einem Artikel: »Eine falsche Rechnung«:

»Es gibt eine Grenze, wo zu bestimmten Löhnen keine nutzbringende Arbeit mehr geleistet werden kann, vielmehr das gesamte Wirtschaftsleben erstarren muß. Dann ist der Zeitpunkt da, wo dem Arbeiter auf andere Weise geholfen werden muß. Man mißverstehet mich nicht; an den Zuständen sind nicht die Arbeiter schuld, nicht wie der Frankfurter Stadtrat Landmann neulich sagte, daß erst die Löhne abgebaut werden müßten, dann die Preise. Umgekehrt; die Arbeiter haben in den ersten beiden Jahren des Krieges lange zugesehen, ehe sie zu Lohnbewegungen ihre Zuflucht nahmen. In der Zwischenzeit stiegen die Preise ungeheuer, ein Beweis, daß nicht die Arbeitslöhne auf die Preise wirkten, sondern der elende Kriegswucher. Wir sind erst langsam nachgekommen. Was kann z. B. der Verdienst eines Maurers oder eines Daddeckers in der Stadt auf die Preise der Kartoffeln wirken? Nein, da haben die Krautjunker, die Schnapsbarone und andere ihr Schäffchen ins Trockne gebracht, die Arbeiter aber sind sachte hinterdrein gekommen.

Höchste Zeit ist, daß wir an einen Abbau der Preise gehen, wenn wir nicht eine grenzenlose Verwüstung unseres Wirtschaftslebens heraufbeschwören wollen. Darunter würden selbst die Schaffenden, ganz gleich, ob Kopf- oder Handarbeiter, am meisten leiden. Die Leiden der Massen sind also nicht durch höhere Löhne zu beheben, sondern durch Verbilligung der Waren; das ist volkswirtschaftlich für die Arbeiter viel besser.«

Übrigens dämmert diese Einsicht wie es scheint auch in Unternehmerkreisen. Ein Einsender vertritt in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung den Plan, die Erwerbslosenunterstützung auf etwa die Hälfte herabzusetzen und das dadurch gesparte Geld verwenden, um den Arbeitslosen wie überhaupt den Arbeitern, und mit ihnen alle Angestellten, Beamten usw., deren Einkommen unter einem bestimmten Höchstsatz — sagen wir 5000 — 6000 Mark jährlich — bleibt, billigere Lebensmittel zu verschaffen. Etwa durch Zuschüsse an die Stadtverwaltungen, die dadurch in die Lage versetzt werden, die Lebensmittel an die genannten Kreise unter dem Einkaufspreis abgeben zu lassen.«

Das ganze System der hohen Anreizpreise muß abgebaut werden. Nur von dieser Seite muß uns eine Erlösung kommen, weil der ganze wahnsinnige Drang nach Bereicherung hier seine Entstehung gefunden hat. Das ist in der Tat eine politische Aufgabe, die mit den politischen Mitteln gelöst werden muß.

Wenn aber die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung über die Sucht der Arbeiter nach immer höheren Löhnen höhnt, so ist das recht einfüllig. Denn das Bestreben der Fabrikanten und Händler, die Preise in schwindelerregende Höhen zu treiben, das letzte Ende zu der mörderischen Wucher- und Scheidhandelswirtschaft geführt hat, ist doch die Ursache der heutigen Lohntrieberei. Die volkswirtschaftliche Unkenntnis ist also bei den Kapitalisten schon viel früher zum Schaden des deutschen Volkes bemerkbar geworden.

**Ortsberichte.**

**Hannover, Allgemeine Versammlung.** Die am 29. Januar stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich auch mit dem Inhalte und die Schreibweise der »Graphischen Presse«. Die Versammlung legt scharfsten Protest dagegen ein, daß in unserer Zeitung Artikel erscheinen, die bezwecken, auch in unserem Berufe an dem Abbau der Löhne zu gehen. Man scheint in den Kreisen des Hauptvorstandes und der Redaktion sich dessen noch nicht bewußt zu sein, daß gerade in unserem Berufe der an Bildung von jedem ein-



zeln eigentlich das Höchste beansprucht, bis zum Kriegsausbruch und noch lange Zeit darüber Löhne bezahlt wurden, die jeder Beschreibung spotten. Wenn wir es durch den Krieg, d. h. durch die stete Steigung aller in Betracht kommenden Lebensmittelpreise dazu gebracht haben, unsere Löhne etwas zu erhöhen, so sind wir durchaus nicht gewillt, uns das Errungene streiftig machen zu lassen oder gar jetzt schon, wo die Zeit immer noch ernster wird, an einen Abbau der Löhne zu denken. Die veröffentlichten Artikel, sowie die Auslassungen der Reichsregierung über den Abbau der Löhne mögen ihre Gültigkeit haben für die Arbeiter der Kriegsindustrie, wo einzelne Gruppen Wochenlöhne von 100—150 Mark erzielt haben. Wir jedoch stehen auch jetzt erst auf einer Höhe, die man unbedingt im graphischen Kunstgewerbe schon früher hätte beanspruchen können, wenn man nicht immer dem Ausbeutesystem der Unternehmer in Verhandlungen, angesichts der damaligen Lage und dem Standpunkte der alten Regierung hätte nachgeben müssen. Wir verlangen also, daß Artikel solchen Inhalts, die nur die Dreistigkeit und Borniertheit der Prinzipale noch mehr steigern, da sie uns immer auf die Artikel unserer Zeitung selbst, und auf das Verhalten des Hauptvorstandes aufmerksam machen, unterbleiben. Wir wollen in unserer Presse eine Vertreterin und Verfechterin der Interessen des Proletariats sehen und nicht eine Kämpferin für die Interessen unserer Ausbeuter. Lange genug haben die Herren auf dem hohen Rosse gesessen, lange genug haben sie die Fuchtel der Unterdrückung über unseren Häuptern geschwungen, jetzt wo wir einigermaßen Rückgrat und Schutz in der neuen Regierung und Gesetzgebung erblicken, nehmen wir auch für uns das Recht, als Menschen leben zu können, in Anspruch.

**Nachwort der Redaktion.** Auch dieser geharnischte Protest kann uns nicht in unserer Überzeugung irren machen. Wir verweisen noch einmal auf unseren Artikel: »Wie man das Pferd am Schwänze aufzäumt, den leider die Hannoverischen Kollegen noch nicht kannten, als sie den obigen Beschluß annehmen. Für den baldigen Abbau der Löhne haben wir nicht geschrieben, wohl aber gegen die weitere Hinaufschraubung der Löhne ohne Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes. So glauben wir nicht, daß die Hannoverischen Kollegen Löhne haben, die die von uns gedachte Grenze überschreiten, denn unsres Wissens nach haben sie sich während der letzten Kriegsjahre keineswegs allzu energisch für höhere Löhne eingesetzt. Das geht auch aus dem Hinweis auf die Wochenlöhne der Kriegsindustrie von 100—150 Mk. hervor. Ein gut Stück höher standen diese Löhne im allgemeinen doch. Noch einmal kurz gesagt: wir halten für die dringendste Arbeiterförderung den Abbau der Warenpreise, er bringt uns wirkliche Lohnerhöhung. Erst wenn dieser Abbau gründlich vorgenommen würde, dann könnte unserer Auffassung nach ein Ausgleich der Löhne vorgenommen werden. Dabei hatten wir an die Löhne der Hannoverischen Kollegen im allgemeinen, die eher zu bescheiden waren, wirklich nicht gedacht.

**Müßeln, Bez. Dresden.** Kollege Mühlner eröffnete die gutbesuchte Allgemeine Versammlung vom 20. Januar 1919 und begrüßte insbesondere die vom Militär zurückgekehrten Kollegen. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellung zu dem vom Hauptvorstand vorgelegten Tarifmuster. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Nach einer lebhaften Aussprache kamen die Kollegen zu folgendem Beschluß: »Die heute am 20. Januar stattgefundenen Versammlung hält die Frage eines Tarifabschlusses in der jetzigen unsicheren Zeit des wirtschaftlichen Lebens für noch nicht reif. Sollte der Hauptvorstand aber doch die Zeit zum Abschluß eines Tarifs für günstig halten, dann muß den Mitgliedern nochmals ein Entwurf in der Hauptsache in der Lohnfrage vorgelegt werden. Sie hält Punkt 3 des Vertragsmusters für völlig unzulänglich, da garricht auf das Lohnverhältnis der übrigen Kollegen eingegangen wird. — Auch die Frage des Mindestlohnes hat Unwillen erregt. Denn die einzelnen Zahlstellen haben da ihre Interessen besser zu wahren gewußt als wie sie der Vorstand hier vorlegt. Der Prozentzuschlag ist überhaupt nicht diskutabel und hat nur ein Kopfschütteln über das willfremde Handeln des Vorstandes hervorgerufen können. Wir können uns nicht darauf verlassen, daß ein Abbau der teuren Lebensverhältnisse wirklich geschieht — und wie wir den Unternehmer kennen, wird er sich mehr an den toten Buchstaben halten als wie an wirkliche Leben. Punkt 3 bedeutet für die Kollegen in seiner jetzigen Fassung einen großen Rückschritt, aber keinen Fortschritt. — Bei dem 2. Punkt der Tagesordnung wurden folgende Kollegen einstimmig in den Vorstand gewählt. Als Vorsitzender Oskar Winkler, Kassierer Max Mühlner, Schriftführer Kollege Zsmerneck, als Revisoren die Kollegen Gzribeek und Mütterlein. Im 3. Punkt wurden verschiedene örtliche Angelegenheiten erledigt. Dann kam aus der Mitte der Kollegen eine Aussprache über den Leitartikel der Graphischen Presse »Die Sonne lacht«. Folgendes wurde da einstimmig zum Ausdruck gebracht: »Die heutige Mitgliederversammlung der Lithographen und Steindruckverurteilt ganz entschieden den oben genannten Artikel. Schon im Hinblick darauf,

daß die Gewerkschaften und die Presse sich verpflichtet haben, in dem Parteistreit neutral zu bleiben. Noch mehr aber, wenn eine Beurteilung und Schreibweise angenommen wird, die sehr der Revolverpresse bürgerlicher Seite ähnelt. Zweifellos ist Karl Liebknecht ein Mann gewesen, der das Beste der Arbeiterklasse nur wollte. Er war bestrebt, das Proletariat aus den Fängen des Kapitalismus so schnell wie möglich zu reißen. Ob er dabei den richtigen Weg ging, das zu beurteilen, bleibt der Zukunft überlassen. Jedenfalls besaß Karl Liebknecht große Kenntnis und sein Ende ist nicht nur zu bedauern und die Art, wie es gekommen ist, ist, da ihn eine Regierung, die sich auf die großen Massen der Arbeiter stützt, besser gesagt, stützen will, nicht besser zu schützen wußte, eine Schande für uns. Deshalb verurteilt die heutige Versammlung auf das entschiedenste eine derartige Schreibweise in der Gewerkschafts- und Presse«. Schluß der Versammlung gegen 8 Uhr.

**Nachwort der Redaktion.** Wir bitten unsere Kollegen, nach der Lektüre dieses vernichtenden Urteils sich noch einmal der Vorkommnisse zu erinnern, die wir in Nr. 4 vom 24. Januar d. J. im Leitartikel aus Berlin berichtet mußten. Wenn das Schicksal von mehr als 30 000 graphischen Arbeitern, die durch den Spartakus-Terror ausgespart wurden, gleichgültig ist, der mag sich billig entrüsten. Wir halten diese Taktik für wahnsinnig und verbrecherisch. Das Urteil über die menschlichen Eigenschaften Karl Liebknechts unterschreiben wir durchaus. Die Müßelner Kollegen schreiben: »Ob er dabei den richtigen Weg ging — das zu beurteilen bleibt der Zukunft überlassen. — Nun, wir halten den Weg heute schon für falsch, von der Zukunft erwarten wir aber bestimmt, daß es auch die Kollegen in Müßeln einsehen. Bis dahin werden wir die uns erteilte schlechte Zensur einstecken.

**Zwickau.** Am 18. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre ordnungsgemäße Generalversammlung ab; seit vier schweren Kriegsjahren zum ersten Mal wieder unter Teilnahme der aus dem Militärdienst zurückgekehrten Kollegen. Auf der Tagesordnung stand in erster Reihe die Besprechung des von H. V. eingesandten Tarifentwurfes. Die bei diesem Punkt sehr lebhaft einsetzende Aussprache ließ erkennen, daß in den Reihen unserer Kollegen noch das alte Interesse für Verbandsangelegenheiten herrscht. Da darf man hoffen, daß die Zahlstelle Zwickau wie früher so auch jetzt bei jeder den Verband betreffenden Angelegenheit ihren Mann stellen wird. Bei dem Tarifentwurf wurde die Lohnstaffel für Ausgelernte sehr abfällig kritisiert. Es wurde an Stelle der im Entwurf vorgesehenen Sätze verlangt, die Löhne für Ausgelernte beim Prinzipal auf 36,00 Mk, nach einem Jahr auf 40,00 Mk. und nach einem weiteren Jahr auf 44,00 Mk. festzusetzen. Da auch die hiesigen Kollegen aus ihrer früheren Tätigkeit das rückständige Unternehmertum Deutschlands kennen gelernt haben, wurde noch vorgeschlagen: für ältere Kollegen einen Durchschnittslohn von 65,00 Mk. anzustreben. Es ist nämlich nicht ganz ausgeschlossen, daß bei Zustandekommen des Tarifs die Herren Unternehmer die festgesetzten Tariflöhne peinlich genau innehalten, d. h. mit anderen Worten, den evtl. festgesetzten Mindestlohn für 2jährig Ausgelernte auf alle Gehilfen übertragen wollen, wofür natürlich die Zwickauer Kollegen nicht zu haben wären. Zu dieser Frage werden wohl noch ganz bestimmte Zusagen notwendig sein. Auch mit der geplanten 3jährigen Anfangsdauer des Tarifes konnte man sich hier nicht ganz einverstanden erklären. Da man doch nicht weiß, wie sich die Zeiten in wirtschaftlicher Hinsicht noch gestalten werden, hält man eine 2jährige Anfangsdauer des Tarifs für richtiger, dem ja dann sowieso die im Entwurf vorgesehene evtl. Verlängerung von Jahr zu Jahr folgen könnte. Die Versammlung hält es für richtiger, wenn auch in dieser Hinsicht möglichst vorsichtig zu Werke gegangen würde. Im Allgemeinen wäre das Zustandekommen des Tarifs nur zu begrüßen und als der vorläufig gangbarste Weg zum gewerblichen Frieden zu bezeichnen, der schon längst hätte beschritten werden können, wenn die Einsichtlosigkeit größerer Unternehmerrreise nicht gewesen wäre. Erst müßten 4 Jahre Krieg das ohnehin schwer geprüfte Gewerbe an den Rand des Ruins bringen, bis man sich auf der anderen Seite dazu verstand, den Tarif als einziges Mittel zur Rettung des schwer bedrohten Gewerbes ins Leben zu rufen. Hoffentlich finden sich die Unternehmer auch dazu bereit, den Tarif dermaßen zu gestalten, daß durch denselben den Gehilfen die Existenzmöglichkeit gewährleistet wird.

Bei den daraufhin folgenden Neuwahlen wurde Kollege Gaebel einstimmig als erster Vorsitzender wiedergewählt. Diese Art der Wahl ist zwar nicht statutenmäßig, sollte aber als besonderer Vertrauensbeweis der Kollegen für die bisher ausgeübte Führung der hiesigen Verbandsgeschäfte gelten. Als Kassierer wurde Kollege Wächter und als Schriftführer Kollege Walter wiedergewählt. Zu Revisoren bestimmte die Versammlung die Kollegen H. Huck und Baumjörgel. Die übrigen Posten wurden ebenfalls in zweckentsprechender Weise besetzt. Aus dem bereits vorher vorgetragenen Jahresbericht wäre folgendes zu entnehmen: »Am 1. Januar 1918 war ein Mitgliederbestand von 21 Kollegen vorhanden, der

am 31. Dezember 1918 auf 39 Kollegen gestiegen war. Im verflorenen Geschäftsjahr wurden 8 Versammlungen abgehalten, deren Besuchzufriedenstellend bezeichnet werden kann. Verkauft wurden 1241 Gehilfenmarken und 230 Lehrlingsmarken. Auf vom Vorstand an die Geschäftsleitung eingereichte Gesuche um Lohnerhöhung erhielten am 6. Juli 1918 die Lithographen und Steindruck der Firma F. Ullmann 15%, und am 1. Dezember 1918 die Lithographen und Offsetdrucker dieser Firma 20% und die übrigen Drucker 15% Lohnzulage. Krankenunterstützung wurde in 8 Fällen von insgesamt 10 Wochen 1 Tag ausbezahlt. Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen. Zu erwähnen wäre bei dieser Gelegenheit noch, daß aus der Lokalkasse in den 4 Kriegsjahren an Unterstützung der Kriegerfrauen sowie für Weihnachtsgaben 400,— Mk. aufgebracht worden sind. Hierbei ist aber zu beachten, daß der Mitgliederbestand zeitweilig bis auf 14 Kollegen herabgesunken war, sonst wäre obengenannter Betrag wesentlich höher. Die »Graph. Presse« wurde bis zum Zusammenbruch an der Front dem zum Militärdienst eingezogenen Kollegen regelmäßig zugesandt. Die vom Felde heimgekehrten Kollegen sind fast alle bei ihrer alten Firma eingestellt worden, was bei dem zur Zahlstelle Zwickau gehörenden Druckort Glauchau leider nicht der Fall ist. Dort hat sich infolge des Krieges eine Firma ganz aufgelöst, während es bei den anderen an allem notwendigen Rohmaterial sehr fehlt. Es wäre für unseren Beruf dringend zu wünschen, daß eine baldige Belegung des Arbeitsmarktes eintreten möge; ganz besonders auch im Interesse derjenigen, die als Soldaten durch Einsetzung von Leben und Gesundheit die Greuel des Krieges von uns ferngehalten haben. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde noch beschlossen, am 22. Februar ein im engsten Kreise abzuhalten geselliges Beisammensein zu veranstalten, ferner für die Opfer der bei der Zurückerobung des von Spartakusleuten einige Tage besetzten Volksblattes Getöteten und Verletzten 10,00 Mk. aus Mitteln der Lokalkasse zu zeichnen. Mit einem Hinweis des Vorsitzenden, wie heute und früher so auch in Zukunft für regen Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen, wurde die sehr angeregt verlaufene Versammlung der frühen Polizeistunde wegen um 10 Uhr geschlossen.

**Die photomech. Fächer.**

**Ortsberichte.**

**Berlin. Chemigraphen.** Die Mitgliederversammlung vom 16. Januar 1919 beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: I. Geschäftliches. II. Bericht über das Verwaltungsjahr 1918. III. Neuwahl der Verwaltung. IV. Verschiedenes. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gibt unter Geschäftliches bekannt, daß unser Kreisvertreter Kollege Förster sein Amt niedergelegt habe. Zum Punkt II gibt er alsdann einen ausführlichen Jahres- und Kassenbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß auch in dem verflorenen Jahre die Verwaltung ihre volle Schuldigkeit getan habe. Der Kassenbericht gibt den Bestand unserer Extras sowie Privatkasse an. Zum Schluß des Berichtes wurde noch bekannt, daß dem 4jährigen Kriege aus unserer Filiale 95 Kollegen zum Opfer gefallen sind und demnach der Mitgliederbestand zur Zeit 743 Kollegen beträgt. Über dem Bericht wurde keine Aussprache gewünscht. Zum Punkt »Neuwahl des Vorstandes« erklärten die beiden Vorsitzenden, Kollegen Gragen und Weykopf, daß sie ihre Ämter endgültig niederlegen. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Die Kollegen Hehr und Bleichschmidt als Vorsitzende, die Kollegen Kessin und Klahn als Schriftführer sowie die Kollegen Werner, Knöth und Scholz als Beisitzer und Revisoren und Gragen als Kassierer. Nach Aufnahme von 7 neuen Mitgliedern gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Verwaltung beschlossen habe, eine neue Lohnstatistik aufzunehmen. Dieselbe habe auch den Zweck, gleichzeitig als Material zur nächsten Tarifausdehnung verwendet zu werden. Zum Schluß kommt der Vorsitzende noch auf die »Arbeitslosenfrage« und die eventuelle Arbeitszeitverkürzung zu sprechen und gibt dann an der Hand von Beispielen den dadurch bedingten Zuschuß durch die städtische Arbeitslosenfürsorge bekannt. Unter Verschiedenes kommt es bei der Aussprache über die Vermittlung eines Kollegen zu lebhafter Klage über die Verwaltung des Arbeitsnachweises durch den Kollegen Köhler. Im Laufe der daraus entstehenden Debatte wird schließlich aus der Versammlung der Antrag gestellt und zugestimmt, den Kollegen Köhler sowie den Kollegen Domnick zur nächsten Versammlung hiernit einzuladen, damit dieselben dann persönlich, ersterer wegen des Arbeitsnachweises, letzterer wegen seines Artikels »Kündigungen« in der »Graphischen Presse«, der Versammlung Aufklärung geben können.

**Nachwort:** Ich bestätige dankend den Empfang dieser etwas neuartigen Versammlungseinladung und werde mich bemühen pünktlich zur Stelle zu sein. Adolf Domnick.

**Hamburg. Chemigraphen.** Am 28. Januar fand eine sehr gut besuchte Versammlung der Hamburger Chemigraphenkollegen statt, die sich eingehend mit der traurigen, unhaltbaren Lage unseres Berufes beschäftigte, und zur bevorstehenden Tarifrevisions Stellung nahm. Einmütig wurde verlangt, daß etwas Durchgreifendes geschehen müßte, um uns mit den anderen Berufen gleichzustellen, da es so nicht mehr weiter ginge. Da man unseren Tarifamtsvertretern nach den gemachten Erfahrungen kein volles Vertrauen mehr entgegenbringen könne, müsse verlangt werden, daß zu der Tarifrevision Delegierte der Kollegenschaft aus dem ganzen Reich hinzugezogen würden; diese Forderung kam auch in der eingebrachten Resolution, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, zum Ausdruck. Dieselbe lautet: »Die am 28. Januar stattgefunden Chemigraphenversammlung erwartet von der bevorstehenden Tarifrevision nur eine zeitensprechende Aufbesserung der Löhne, da die jetzt gezahlten in keinem Verhältnis zu denen anderer Berufe stehen. Des weiteren beantragt die Versammlung erneut eine Chemigraphenkonferenz, welche die ganze Lage unseres Berufes im Reichs bespricht, und zur Tarifrevision herangezogen wird. Die Versammlung begründet ihren Antrag damit, daß die Zeit zu ernst ist, erneut die Verantwortung für die zu erwartenden wichtigen Beschlüsse in die Hände einzelner Kollegen zu legen und ersucht die Chemigraphen Deutschlands, energisch unsere Forderung auf Einberufung einer Chemigrapherkonferenz zu unterstützen. Nachdem noch der Sektionsvorstand neugewählt, und noch einige lokale Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der eindrucksvollen Versammlung.

prinzip und treibende Kraft ist. Der Lithograph beginnt nun alle unnötigen Töne mit Weiß wegzudecken und alle Flächen mit Retuschierschwarz einzusetzen. Die einzelnen Farbennuancen werden dann je nach der Stärke mit Wasser verdünntem Schwarz gemalt, genau wie bei einer Monotonmalerei. Ein Spritzapparat kann bei dieser Methode vorteilhaft Verwendung finden, denn er leistet nicht nur schnelle Arbeit in Flächenwirkung, sondern kann auch bei einiger Geschicklichkeit wirklich malerische Erfolge erzielen. Die Arbeit des Lithographen zusammengefaßt: Er malt und spritzt die einzelnen Platten genau so als würde er sie lithographieren, nur mit der Beachtung, daß alles um einen Ton dunkler gehalten wird, weil die Zerlegung in Rasteren das Ganze aufhellt. Natürlich geht die Malerei viel schneller, zumal wenn man einen Spritzapparat zur Verfügung hat.

Sind sämtliche Farbenplatten fertig retuschiert, so wandern sie wieder in die Photographie. Hier werden Rasteraufnahmen gemacht. Die von diesen Rasteraufnahmen angefertigten Steinautokopien kommen in die Druckerei und werden vom Fertigmacher behandelt wie jede andere Kopie. Für den Lithographen gibt es, aber nur ganz selten, hier und da einige Lichter auszuschaben, die wider Willen Ton erhalten haben. Ist die eine oder andere Platte im Ton doch etwas stärker durch die Kopie ausgefallen, als der Lithograph wünscht, so erzielt ein ein- oder mehrmaliges Ätzen das Gewünschte. Flächen werden nur in besonderen, bestimmten Fällen nachgedeckt, besonders im Reklamefach, weil hier vielfach nur mit wenig Farben, aber mit mehr Flächen gearbeitet wird. Bei reinen Chromarbeiten unterläßt man das Nachdecken ganz und erzielt so eine Durchsichtigkeit der Farbe auch da, wo mehrere Farben, sonst als Fläche, übereinander liegen.

Für Durchschnitsarbeiten ist diese Technik der modernen Reproduktion von ganz besonderer Bedeutung. Man staunt, welche gediegene Sachen bei geringer Farbenanzahl damit zustande gebracht werden können. Ist auch die Arbeit des Lithographen mit der des Photographen nicht weniger geworden, so bedeutet doch die geringere Anzahl der Farben beim Druck eine wesentliche Verbilligung.

Doch auch hier hat die Entwicklung der Technik noch nicht Halt gemacht. Ein Mangel der Papier-Retusche ist die nicht genaue Wiedergabe der Maltechnik, die sich besonders bei der Reproduktion von Ölgemälden fühlbar macht. Der Lithograph aber kann diesen Mangel nur unter Anwendung von viel Zeit beseitigen. Aber die bessere Steinautotypie hat doch letzten Endes die Absicht, dem Dreif- und Vierfarbendruck ganz energisch auf den Hals zu rücken und ihm Absatzgebiete zu entreißen. Und da muß auf gute Wiedergabe der Maltechnik Wert gelegt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist man von der Positivretusche zur Negativ-Positivretusche, d. h. zur Diapositivretusche übergegangen. Genau so wie vor dem wird jetzt die einzelne Farbe mit Pinsel und Farbe auf dem Diapositiv, also auf Glas herausgearbeitet und kopiert. Aber viel feiner und genauer ist jetzt die photographische Unterlage, weil sie einmal die Maltechnik genauer wiedergibt und auch die Feinheit der Töne viel größer ist. Um auch in der Retusche zu vereinfachen, wird bei dem Steinauto mit Filz gearbeitet. Die Retusche auf dem Stein ist ebenfalls verhältnismäßig gering.

Die Farbenretusche auf dem Diapositiv ist noch sehr jung, aber trotzdem liegen schon sehr anerkanntswerte Resultate vor. Was hier alles noch möglich sein kann, ist nicht abzusehen. Fest steht schon heute, daß durch die Farbensteinautoretusche die alte Punkt an Punkt setzende Chromolithographie einen ganz gehörigen Rippenstoß erhalten hat. Die Kollegen dieser Sparte tun deshalb gut, die Augen offen zu halten, damit sie nicht eines

schönen Tages vom Fortschritt überrumpelt werden und wie vom Himmel gefallen dastehen.

Auch der Druck des Steinauto, der anfangs so große Schwierigkeiten verursachte, ist stetig im Fortschreiten begriffen und bringt tagtäglich bessere Resultate. Hinzu kommt noch, daß sich die Offsetmaschine zum Druck von Steinautos vorzüglich eignet. Die geingende Grundlage für den Fortschritt ist somit vollständig gegeben und der Fortentwicklung der Technik auch im graphischen Gewerbe die Wege geebnet. Möge der gesunde Menschenverstand und gesundes Menschenempfinden dazu führen, daß dieser technische Fortschritt auch wirklich dem Gewerbe und der Arbeiterschaft des Gewerbes zum Segen gereicht.

Hans Ronngger.

**Feuilleton.**

**Vom Büchertisch.**

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Der Zukunftsstaat**, Produktion und Konsum im Sozialstaat. Von Dr. Karl Ballod, ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Berlin (Atlanticus). Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Internationale Bibliothek Band 60. Preis broschiert 3 Mark, gebunden 5 Mark. Der Verfasser weist in dem Buch nach, daß eine fünf- bis sechsjährige vaterländische Arbeitspflicht als Mittel zur Überwindung der Kriegsnot und Erreichung allgemeinen Wohlstandes genügt. Bereits vor zwanzig Jahren hat der Verfasser unter dem Pseudonym Atlanticus in unserem Verlag eine Schrift „Produktion und Konsum im Sozialstaat“ erscheinen lassen, die trotz guter Nachfrage eine neue Auflage aus besonderen Gründen nicht erlebte. Jetzt hielt er die Zeit für gekommen, mit dieser vollständig neuen Arbeit an die Öffentlichkeit zu treten, um auf Grund vieljähriger wissenschaftlicher Studien nachzuweisen, daß die Zeit reif ist für einen auf sozialistischer Grundlage zu errichtenden neuen Staat, in dem Deutschland allen Völkern voranschreiten wird.

**Adressen-Änderungen.**

3. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe Graphische Presse Nr. 49, 2 und 4).

Zur Beachtung! Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand, Adresse: Otto Sillier, Berlin N. 24, Elsaßstraße 85-88, III zu richten.

Berlin-Lichtdr.: Fritz Hoenniger, O. 34, Warschauerstraße 70, Querg. 4 Tr.

Bramsche b. Osnabrück: Karl Brinkmann, Breuelstraße 22.

Bromberg: Georg Rutschke, Töpferstr. 20, III.

Braunschweig: Albrecht Schulz, Scharnhorststr. 18, III.

Cassel: Oskar Speer, Berlepschstr. 2.

Coblenz a. Rh.: Carl Möller, Höhr i. Nassau, Schneeberg 44.

Danzig: Oskar Hoffmann, Danzig-Langfuhr, Michaelsweg 60.

Einbeck (Hannover): Friedrich Rehse, Hohe-münsterstr. 11, II.

Emmerich a. Rh.: Heinrich Christiani, Hinter dem Engel 5.

Halle a. Saale: Max Strietzel, Thomasiusstr. 34.

Itzehoe i. Holstein: Martin Raum, Helenenstr. 19.

Lüdenscheid i. Westf.: Arno Seltmann, Markt 143, IV.

Solingen: Hermann Stracke, Neustr. 57.

Stettin: Gustav Maurer, Pommersdorferstr. 13 Hts. I.

Wurzen i. Sachs.: Artur Kögel, Eilenburgstr. 15.

**Graphische Technik.**

**Farbensteinauto-Retusche.**

II. Durch ein Versehen ist der Name des Verfassers schon unter den I. Teil dieses Aufsatzes gekommen, der dadurch dem Eindruck erweckte, als sei er schon abgeschlossen. Wir bitten, das zu entschuldigen.

Die Redaktion. Daß durch die Verarbeitung des Auto, insbesondere beim Schaben, die Platte stark leidet, (die einzelnen feinen Punkte werden nochmals zerissen) und so beim Umdrucken Schwierigkeiten bereiten, liegt klar auf der Hand. Kein Wunder deshalb, wenn erneute Versuche angestellt wurden, auch dieses Übel zu beseitigen. Diese Versuche führten zu guterletzt, zur Steinauto-Retusche.

Die Farbensteinauto-Retusche verläßt die Bahnen des verarbeiteten Steinauto vollständig und gebraucht im wahren Sinne des Wortes die Retusche. Nicht Lithographierkreide und Tusche, nicht Flach- und Springschaber sind ihre Werkzeuge, sondern sie bedient sich des Pinsels und der Farbe. Sie wird deshalb auch nicht auf dem Lithographenstein ausgeführt, sondern Papier ist wie bei jeder anderen Retusche die Grundlage.

Der Arbeitsprozeß bei der Steinauto-Retusche vollzieht sich folgendermaßen: Vom Original wird eine Normalaufnahme gemacht. Von dieser Normalaufnahme fertigt man extra dazu präpariertes Papier an, als Farbenplatten von der betreffenden Arbeit für nötig erachtet werden. Diese Kopien werden dann auf Blech- oder Zinkplatten aufgezogen, um ein Verziehen zu vermeiden. Denn diese Papierkopien müssen entwickelt und fertig gemacht werden für den Lithographen. Selbstverständlich werden auch bei dieser Arbeitsweise je nach Stärke der Farben und Notwendigkeit, starke oder schwache Kopien angefertigt, weil letzten Endes doch immer Arbeitersparung das Grund-

**Verschiedenes**

Ich bitte um die Adresse des Oberlithogr. E. HELMSDORFF. Auslagen werden gern vergütet. Gebl. Angaben erbeten unter Nr. 87 an die Expedition.

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung  
Auskünfte durch die  
Hausgewerbeschule  
**Barmen**

**Inserate**

sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

**Roulett-, Fadenstichel  
Fräser u.s.w.** in bester Aus-  
führung fert. an  
Carl Neumann, vormals G. Köhnig  
Berlin SO, Nauynstraße 69.

**Das Tauschieren  
und Ätzen  
der Metalle.**

Preis inkl. Porto 1,60 Mk.  
Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.

**„Betromit“** Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

**„Steingummi“** Flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.

**„Enoldin“** - Druckpaste - speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papier.

**„Enol“** - Drucktinktur - sehr geeignet für Bronzedruck.

**„Goljad“** vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich. empfiehlt  
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.  
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereten.

**Berliner Kunstanstalt**  
Reproduktionenobjektiv  
40-50 cm Brennweite zu kaufen. Angebote unter M. D. 4211 an  
RUDOLF MOSSE, BERLIN SW. 19.

**Der praktische Umdrucker.**

Von Berth. Müller, inkl. Porto 1,05 Mk. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

**Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!**  
Unentbehrlich zum verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Fetdenware. Merkantill-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkhaltigen Steinen. Übertrifft in jeder Beziehung Stearic-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe  
Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.  
Nachbestellungen liefern ein: Li. ... & Co. ... Hannover 50 Kg.; W. ... & N. ... Leipzig 5 Kg.; G. W. ... Cassel 5 Kg.; G. ... & D. ... Leipzig 5 Kg.; G. L. ... Für 5 Kg.; A. ... Breslau 5 Kg.; K. ... & S. ... ... Niederschütz 5 Kg.; W. ... & S. ... Stuttgart 3 Kg.; F. A. ... Berlin 2 Kg.; S. ... & N. ... Dresden 2 Kg. usw.  
**F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.**